

IZA-Direktor Zimmermann fordert Bundesintegrationsministerium

Berlin, 28.05.2013, 09:43 Uhr

GDN - Anlässlich des sechsten Integrationsgipfels der Bundesregierung hat der Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA Bonn), Klaus Zimmermann, die Politik zu mehr Anstrengungen bei der Integration von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt und zur Schaffung eines Bundesintegrationsministeriums aufgefordert. Zwar dürften von dem Spitzentreffen bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) keine konkreten Ergebnisse erwartet werden.

"Eines wäre aber die Forderung, nach den Bundestagswahlen alle erforderlichen Maßnahmen und Kompetenzen mit der Schaffung eines Zuwanderungs- und Integrationsministeriums zu bündeln", schreibt Zimmermann in einem Gastbeitrag für "Handelsblatt-Online". Der IZA-Direktor begründete seinen Vorschlag mit der von ihm erwarteten wachsenden Zahl an Zuwanderern. "Viele ökonomische, gesellschaftliche, politische Rahmendaten sprechen dafür, dass wir erst am Anfang eines neuen großen Zuwanderungsschubes stehen. Es ist nicht unrealistisch zu erwarten, dass unsere Bevölkerung 2013 bis 2017 um mehr als zwei Millionen Menschen aus dem Ausland wächst", schreibt Zimmermann. Dies sei primär die Folge des Zustroms aus den Krisenstaaten Süd- und Osteuropas. EU-Bürger machten mittlerweile gut zwei Drittel der Zuwanderer aus. "Dieser Trend wird sich angesichts der Rekordarbeitslosigkeit vor allem bei Jugendlichen in jenen Ländern noch deutlich verstärken." Zimmermann betonte die Vorteile dieser Entwicklung: "Junge Spanier, Griechen, Italiener, demnächst auch Bulgaren oder Rumänen können zu einer Steigerung des deutschen wie des gesamteuropäischen Wohlstandes beitragen. Denn sie werden nicht nur das wirtschaftliche Wachstum der Empfängerländer stärken, sondern auch durch Rücküberweisungen aus ihren Einkommen die Heimatländer stärken." Nun sei aber die Politik gefordert, diese Migrationswelle "klug" zu gestalten, damit Hoffnungen nicht früh enttäuscht würden, fügte der IZA-Direktor hinzu. "So brauchen wir zum Beispiel Servicestellen, die Wanderungswillige bei der beruflichen wie der gesellschaftlichen oder familiären Neuorientierung begleiten." Gleiches gelte für die Anerkennung von beruflichen Qualifikationen oder die Förderung von Fremdsprachenkenntnissen. Gleichzeitig müsse aber der Blick auch über Europa hinausgehen. Denn nur so könne der dauerhafte Bedarf an Fachkräften zumindest zeitweise erfüllt werden, bis andere Optionen genutzt werden können. "Deutschland fehlen bis zum Jahr 2030 gegenüber heute sechs Millionen Arbeitskräfte", schätzt Zimmermann. "Wenn wir Deutschland demografiefest machen wollen, brauchen wir deshalb auch ein modernes Zuwanderungskonzept für Bürger jenseits der Grenzen der Europäischen Union." Österreich demonstrierte mit seinem Punktesystem einer "Rot-Weiß-Roten Karte" seit 2011, wie eine moderne Steuerung von Fachkräften aus Drittstaaten außerhalb der EU aussehen könne. Kriterien seien dort insbesondere Qualifikation, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter. Wer eine Mindestanzahl von Punkten erreiche, könne kommen. "Ein solcher Weg ist auch für Deutschland der richtige", ist Zimmermann überzeugt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-14685/iza-direktor-zimmermann-fordert-bundesintegrationsministerium.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com